

Deutschland.

Berlin, 26. August. Der König hatte am Sonnabend Vormittags eine längere Unterredung mit dem Prinz-Admiral Albrecht, welcher sich darauf verabschiedete und Abends mit seinen militärischen Begleitern zur Flotte nach Kiel abreiste. Hierauf empfing der König den Besuch des aus Petersburg hier eingetroffenen Prinzen von Leuchtenberg und hielt dann bis 1 Uhr Mittags eine Konferenz mit dem Kriegsminister v. Roon und den Generalen v. Moltke, v. Alvensleben, v. Tresckow ab. Nach den Vorträgen des Geh. Rabinetsraths v. Mühlner und des Geh. Hofraths v. Bock ertheilte der König dem Präsidium und der Adressdeputation des Abgeordnetenhauses Audienz und empfing später den Ministerpräsidenten Grafen v. Biemarck und den Geheimrath v. Savigny. Abends fuhr der König nach Schloß Babelsberg.

(Zeidl. Corr.) Die Verhandlungen mit Sachsen befinden sich immer noch in einer eigenthümlichen Schwebe. Wie es scheint, hat die sächsische Regierung es sich noch nicht recht klar gemacht, welcher Gefahr sie sich aussetzt, wenn sie noch lange Anstand nimmt, von den ihr ausnahmsweise gewährten Vergünstigungen Gebrauch zu machen. Der hierher gesandte Herr v. Friesen soll sehr komische Instruktionen erhalten haben.

Mit Hesse-Darmstadt ist noch keine Einigung erzielt, der Waffenstillstand aber „auf unbestimmte Zeit“ verlängert worden.

Die „Wes.-Ztg.“ schreibt: Die Gesammtsumme der von Oesterreich und dessen deutschen Verbündeten zu bezahlenden Kriegskosten beträgt 62½ Millionen Thaler. Da Oesterreich bereit ist, seinen Antheil alsbald nach Ratifikation des Friedensvertrages zu bezahlen. Württemberg und Baden bereits bezahlt haben, und auch die übrigen süddeutschen Staaten möglichst rasch ihren Verpflichtungen nachkommen werden, um der preussischen Okkupation ein Ende zu machen, so wird der Finanzminister denn doch in Kürze dahin kommen, den von den Kammern geforderten außerordentlichen Kredit entbehren zu können und den glorreichen Krieg ohne bauende Mehrbelastung des preussischen Staates zu Ende zu führen. — Der Friede mit Darmstadt ist noch nicht abgeschlossen, einzelne Theile von Oberhessen sollen nun doch an Preußen abgetreten werden.

Wie die „N. Pr. Ztg.“ hört, werden die besetzten Punkte des Königreichs Sachsen von preussischen Truppen besetzt bleiben, zu welchen besetzten Punkten jetzt auch Dresden gehört.

Dem Vernehmen nach ist vom preussischen Kriegs-Ministerium an das General-Kommando in Rendsburg die Ordre eingetroffen, nicht nur seine Beurlaubungen mehr zu gestatten, sondern auch die in jüngster Zeit bereits Beurlaubten wieder einzuberufen.

Die Fürstin Caroline von Reuß-Griz soll, wie es heißt, eine Kriegscontribution von 60,000 Thlr an Preußen zahlen. Es ist dies gewiß nur billig, damit das kleine Dynastenthum einseht, daß man nicht ungestraft eine antinatiole Politik in habsburgischem Dienst treibt. Es ist aber zu wünschen, daß jene Kriegscontribution auch von dem Vermögen der Fürstin, welches ein sehr bedeutendes ist, und nicht von dem armen Lande erhoben wird. Die fürstliche Familie hat große Besitzungen in Oesterreich, die Fürstin hat erst neulich eine reiche Erbschaft ihres Onkels, des alten Landgrafen von Hessen-Homburg, angetreten, so daß ihr die Bezahlung der 60,000 Thaler gar nicht schwer fallen wird, wenn sie dieselbe auch bitter empfinden wird, denn ihre Freude am Gelde ist fast noch größer wie ihre Frömmigkeit. Uebrigens hoffen viele Greizer und es wäre dies auch gewiß das Beste, daß Preußen das Land annectirt. Caroline selbst soll es nicht verhehlen, daß ihr die strenge preussische Okkupationstruppe süße Ahnungen von der Berechtigung preussischer Führerschaft erweckt.

Morgen Vormittag hat die Kommission für das Reichswahlgesetz eine Sitzung; am Abend desselben Tages die Budget-Kommission, um den Bericht ihres Referenten, Abgeordneten Zwersen, über die Intendanzverteilung und den Kredit für das Jahr 1866 festzustellen. Dieser Bericht wird wahrscheinlich schon am Dienstag in den Händen der Mitglieder des Hauses sein.

Wie das „Kobl. Tagebl.“ aus Koblenz mittheilt, wird Sonntag, den 26. d., der Prinz Waldemar zu Schleswig-Holstein (bis zum Ausbruch des Krieges Vice-Gouverneur von Koblenz) an der Spitze von 6000 Mann preussischer Truppen in Mainz einrücken. Garnison-Direktor Avenarius hat schon am 23. d. den Befehl erhalten, sich sofort nach Mainz zur Einrichtung der Kaserne zu begeben.

Das Kriegsministerium hat bestimmt, daß zu größerer Einfachheit die Verfügung über die Nachlassmassen der in den Lazarethen der mobilen Armee verstorbenen Militärpersonen von der General-Kriegeskasse zum Zwecke der Aushändigung an die Erben der königlichen Provinzial-Intendanturen übertragen wird.

In einer der Innungs-Beratungen über die Theilnahme an den Einzugfeierlichkeiten wurde mitgetheilt, daß die wenigen vorhandenen Musiker für den Tag des Einzugs 20 Thlr. pro Mann fordern. Ein einigermaßen besetztes Musikcorps würde daher jeder Innung über 100 Thlr. kosten. Musik sei aber in dem Truppenzuge selbst genug und man möge dies Geld lieber zur Bewirthung von 100 Soldaten durch die Innung verwenden. Der Vorschlag fand allgemeine Zustimmung.

In der Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorbereitung des Gesetzentwurfes über die Vereinigung Hannovers, Kurhessens, Nassaus und Frankfurts war bekanntlich die Anschauung geltend gemacht, daß es dienlich sein dürfte, dem Gesetze eine schärfere Fassung zu geben, um jeder Zweideutigkeit über den Charakter der Verbindung der neuen Landestheile mit der Monarchie vorzubeugen. Die Regierung hat dieser Ansicht ihre Berechtigung zuerkannt. Sie wird, wie die „Zeidl. Corr.“ berichtet, in eine solche

Redaktion des Gesetzentwurfes willigen, wodurch die Beziehung auf Artikel 55 der Verfassung wegfällt und die Verbindung der neuerworbenen Territorien mit Preußen sich als eine vollständige Real-Union herausstellen wird, jedoch mit der Maßgabe, daß die Einführung der preussischen Verfassung und die definitive Regelung der Beziehungen zu Preußen noch vorbehalten wird.

— Gestern Nachmittag 2¼ wurde die Adress-Deputation des Hauses der Abgeordneten von dem Könige empfangen. Der Flügel-Adjutant Graf Lehndorff führte sie ein. Bald darauf kam der König, ohne von einem Minister begleitet zu sein, aus einem der hinteren Gemächer mit rustigem, raschem Schritt der Versammlung, die sich in einem Halbfresche aufstellte, freundlich grüßend entgegen, und ertheilte dem Präsidenten von Jordanbeck auf sein Ersuchen die Erlaubniß, die Adresse verlesen zu dürfen. Hierauf erwiderte der König, nachdem er seine Freude über die fast einstimmige Annahme der Adresse geäußert, auf die einzelnen Theile derselben eingehend ungefähr Folgendes: „Er preise mit dem Hause die göttliche Vorsehung, welche das Land, die Armee und ihn selbst stützlich beschützt habe. Er danke Gott, das es ihm noch in seinem Alter beschieden gewesen, die Einigung Deutschlands, diese Aufgabe, an der auch sein verewigter Bruder gearbeitet, ihrer Lösung entgegenzuführen; daß er ihn und Preußen gewürdigt habe, so Großes zu leisten und die außerordentlichen Schwierigkeiten im Einvernehmen mit dem Abgeordnetenhaus und dem ganzen Volke zu überwinden. Was die Indemnität betreffe, so sei damit nichts Neues gesagt; ob man die Sache mit diesem Worte oder als Entlastung bezeichne, sei gleichgültig. Die Regierung habe gewissenhaft für das Staatswohl gesorgt, habe nicht anders handeln können und würde im ähnlichen Falle nicht anders handeln. Aber der Fall werde nie wieder eintreten, davon sei er fest überzeugt. Mit Recht sage der Schluß der Adresse, daß Preußens König und Volk in allen großen Momenten ihrer Geschichte einig gewesen wären. Diese Einigkeit bestehe jetzt und für die Zukunft, welche die großen Fragen Preußens und Deutschlands zur Entscheidung bringe.“ Alsdann verbeugte sich der König und entließ die Deputation, deren Mitglieder er sich nicht vorstellen ließ, sehr freundlich. Von den Gewählten fehlte nur Abg. Dr. Becker, den ein Unwohlsein schon von der Plenarsitzung zurückgehalten.

Ueber die vor dem Kriege stattgehabten Verkäufe von Eisenbahntiteln Seitens der Regierung verlautet, daß sie von den Köln-Mindenern für einen Erlös von circa 2½ Millionen Thlr. verkauft hat; die noch in ihrem Besitze befindlichen Köln-Mindener Aktien haben, so weit sie verkauft werden dürfen, einen Coursewerth von ca. 15 Millionen Thlr. Außerdem besaß die Regierung eine Million Thaler Stammactien der Bergisch-Märkischen Eisenbahn, die sie verpflichtet war, im Jahre 1872 zum Paricourse der Gesellschaft zu überlassen; diese Million ist, wie in Börsenkreisen verlautet, während des Krieges gegen baare Zahlung des Nominalbetrages in den Besitz der Bergisch-Märkischen Gesellschaft übergegangen.

Bei der Berlin-Bölkter und der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn sind für die nächste Zeit 180 Militärszüge angeordnet, mit denen ein bedeutender Theil unserer Armee zurückbefördert wird.

Danzig, 24. August. Die „Spen. Ztg.“ schreibt: Das Interesse an den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses, welches hier anfänglich ein ziemlich schwaches war, ist, seit dem Landtags-Vorlagen von so großer Tragweite gemacht worden, erheblich gestiegen. In der Mehrzahl wünscht man hier, daß die gegenwärtige Session zu einer aufrichtigen und dauernden Versöhnung zwischen Regierung und Volksvertretung führen möge, und würde es daher auch ganz gern sehen, wenn, als das sicherste Mittel dazu, der Regierung die von ihr nachgesuchte Indemnität für die Vergangenheit bereitwillig im vollen Umfange gewährt würde. Unsere extremen Liberalen freilich wollen davon Nichts wissen, ihnen steht eine leidige Prinzipienreiterei, die parlamentarische Vollgewalt — die obenein, bei Lichte gesehen, ja doch nur eine eingebildete ist! — hoher, als das wirkliche Wohl des Staates. In diesen Krisen ist man denn auch ziemlich ungehalten darüber, daß gerade der so wenig demokratisch gefärbte Stavenhagen-Bonin'sche Adress-Entwurf, und obenein mit so imposanter Majorität, durchgegangen ist.

Hannover, 24. August. Die „Ztg. f. No. 10.“ schreibt: Der preussische Major v. Blücher ist hier anwesend, um über die Rekrutierungs- und andere militärische Verhältnisse Hannovers sich zu unterrichten. Man bringt seinen Aufenthalt in Zusammenhang mit einer ziemlich bald zu erwartenden Reorganisation der Armee als eines preussischen Truppentheils.

Dresden, 25. August. Das „Dresdener Journal“ enthält eine Bekanntmachung, in welcher die Landesregierung 7000 inländische Schanzarbeiter sucht, da von Seiten Preußens weitere Befestigungen bei Dresden angeordnet worden sind. Die Arbeit soll am 5. September beginnen.

Leipzig, 24. August. Der preussische Civil-Kommissar, Landrath v. Wurmb, hat, wie schon telegraphisch gemeldet, bei seiner gestrigen Anwesenheit hier den Kreisdirector v. Burgsdorff von seinem Amte suspendirt. Mit Führung seiner Geschäfte ist interimistisch der nächstälteste disponible Rath der Kreisdirection, Hr. v. Beckh, beauftragt. Diese Maßregel ist, wie der „D. A. Ztg.“ mitgetheilt wird, deshalb erfolgt, weil man in der persönlichen Wirksamkeit des Hrn. v. Burgsdorff die eigentliche Quelle der gegen preußenfreundliche Bestrebungen in der Presse und im Vereinswesen grübten Verationen erblickte.

Frankfurt a. M., 24. August. Wie der „Elberf. Z.“ geschrieben wird, ist Frankfurt nach geschlossenem Frieden zum Sitz einer Kommission ausersehen, welche die Inventarisirung und Vertheilung des Bundeseigentums vornehmen und vorbereiten soll.

Den hiesigen Beamten der Bundesversammlung ist mitgetheilt worden, daß ihr Besuch wegen Sicherung ihrer Gehalte u. von Seiten der Bundes-Versammlung an die Bevollmächtigten Oesterreichs bei den Friedens-Konferenzen überwiesen wurde mit dem Anfügen, man möge beantragen, daß in die Friedensbestimmungen auch ein Passus über die Angelegenheit möge aufgenommen werden.

Wien, 24. August. Der zwischen Oesterreich und den Staaten des deutschen Zoll- und Handelsvereins abgeschlossene Handels- und Zollvertrag vom 11. April 1865 enthält eine Anzahl von Zollsätzen und Bestimmungen, die den Interessen der österreichischen Geschäftswelt nicht entsprechen. Bei den besonderen Verhandlungen, die zwischen Oesterreich, Preußen und den andern deutschen Staaten binnen Kurzem in der Zollfrage gepflogen werden dürften, wäre es an der Zeit, begründete Wünsche in der oben bezeichneten Richtung zur Geltung zu bringen, wofür um so mehr Aussicht vorhanden ist, als die Kaufleute und Fabrikanten in den Staaten des früheren deutschen Zollvereins mehrfache Aenderungen und Verbesserungen des erwähnten Handels- und Zollvertrages anstreben. Die niederösterreichische Handels- und Gewerbekammer wird diesen Gegenstand demnächst einer gründlichen Erörterung unterziehen und sie laßt daher sämtliche Kaufleute und Fabrikanten, welche an der Sache ein Interesse haben, ein, ihre Wünsche und Anträge, die sich auf Aenderungen einzelner Positionen des Aprilvertrages, oder auf den Verkehr zwischen Oesterreich und den deutschen Staaten überhaupt beziehen, bis längstens 8. September d. J. der Kammer schriftlich mittheilen zu wollen.

Wie die „Presse“ meldet, haben sich durch ein telegraphisch abgeschlossenes Uebereinkommen die österreichische und preussische Regierung dahin verständigt, daß den in Preußen kriegsgefangenen Offizieren von Seiten Oesterreichs ihre Gage ausbezahlt werden kann. Mehrere österreichische Offiziere sind bereits früher aus der preussischen Gefangenschaft zurückgekehrt, nachdem sie sich daselbst mittelst Ehrenwort verpflichtet, ein Jahr lang nicht gegen Preußen zu dienen.

In Prag haben die Jesuiten die Gelegenheit wahrgenommen, sich in die Stadt einzumischen und gleich anzukaufen. Der Bevölkerung ist jedoch vor diesen Gästen bange und so wird namentlich in czechischen Kreisen, deren hussitische Reminiscenzen noch nicht erloschen sind, lebhaft gegen diese Bescherung agitirt.

Die „H. B. H.“ bringt eine Korrespondenz aus Wien, die wie ihres hervorragenden Interesses halber hier folgen lassen. Es berichtet sich hier, wie es den Anschein hat, eine vollständige Ministerkrise vor. Graf Belcredi dürfte das Schicksal seines Vorgängers theilen und in derselben Weise, wie er selbst ins Amt gekommen, auch aus demselben entfernt werden. Bekanntlich bestand hinter dem Rücken des Herrn von Schmerling, ohne daß er eine Ahnung davon hatte, ein fertiges Cabinet, welches bereits im Stillen regierte, während Herr von Schmerling noch im vollen stolzen Bewußtsein der Unentbehrlichkeit amirte. Zu seinem Ersauern erfuhr der früher allgewaltige Staatsminister eines Tages, daß sein Portfeuille bereits an den Grafen Belcredi vergeben und ein vollständiger Systemwechsel im Zuge sei. In gleicher Weise dürfte nach Abschluß des Friedens Graf Belcredi erfahren, daß seine Politik der „freien Bahn“, diese Politik der nationalen Irrungen, höchsten Ortes aufgegeben und er selbst auf seinen früheren Statthalterposten in Böhmen zurückversetzt sei. Die ungarischen Staatsmänner haben den böhmischen Grafen so weit ausgenützt, als es in ihren Plänen stand. Nun ist mit der Februar-Verfassung des Herrn v. Schmerling so ziemlich tabula rasa gemacht und Graf Belcredi hat geleistet, was von ihm erwartet wurde. Mehr zu leisten, wird ihm nicht gestattet sein, da seine czechisch-föderalistischen Neigungen und Engagements denn doch für den künftigen Bestand des Reiches etwas gefährlicher Natur erscheinen. Als Nachfolger im Amte des Ministerpräsidenten wird Baron Hübnor genannt. Seine Ungarn freundliche Gesinnung hatte ihm bekanntlich in dem Jahre 1859 die Allerhöchste Ungnade zugezogen. Heute jedoch bildet eben diese Gesinnung die beste Empfehlung für den genannten Diplomaten. Indeß ist man in den entscheidenden Kreisen weder über die Richtung noch über die Zusammensetzung des neuen Cabinets bereits in Klaren. Man fühlt die Nothwendigkeit, sich mit den liberalen Elementen der böhmerischen Oppositions-Partei in Ungarn und in den deutsch-slavischen Erblanden zu verbinden und doch weiß man nicht, diese Verbindung einzuleiten, ohne wieder mit andern nationalen slavischen Ansprüchen in Widerstreit zu geraten. Es werden also vielleicht noch einige Wochen vergehen, bevor die neue Krisis zum Durchbruch gelangt.

Wien, 25. August. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht die Erklärung, mit welcher Oesterreich der Genfer Konvention beigetreten ist. — Die „Presse“ sagt: Der österreichisch-preussische Friedens-Vertrag enthält 14 Artikel und außerdem Protokoll über Truppentransporte, über die Auswechslung der Gefangenen, die in Oberberg stattfindet, und über die das Bundeseigenthum betreffenden Fragen. — Die „Neue freie Presse“ sagt: Die Abtretung Venetiens wird in dem Vertrage als eine legale Thatfache ohne jede Compensation anerkannt. — Das „Fremdenblatt“ theilt mit, daß sofort nach dem Friedensschlusse die constitutionelle Frage im Sinne des Dualismus geordnet werden dürfte. Durch kaiserliches Manifest werde Ungarn ein verantwortliches Ministerium bewilligt werden mit beschränkter Kompetenz gegenüber der Staatseinheit. Der Kaiser werde einige Monate im Jahre seine Residenz in Ofen nehmen.

Musland.

Paris, 23 August. Die Fabrication von Hinterladungs-Gewehren wird eifrig betrieben. Monatlich sollen mindestens 10,000 Chassepot-Gewehre fertig werden.

General Menabrea war gestern noch nicht zu den Friedens-

Verhandlungen mit Oesterreich abgereift. Es scheint, daß er außer dem Arrangement wegen Venetiens sich in Gemeinschaft mit Hrn. Nigra auch über die Modalitäten der Ausführung des Septembervertrags mit dem hiesigen Kabinett zu verständigen hat. Einem Gerüchte nach will das Tuilerien-Kabinett Venetien erst dann aus seinen Händen geben, wenn Italien sich zu irgend welchen Garantien für das weltliche Papstthum herbeigelassen hat. Nach einer andern Version wollte Frankreich sich für die Cession Venetiens mit einigen italienischen Grenzbezirken der Grafschaft Nizza bezahlt machen.

Die Reise des Kaisers nach Biarritz scheint fest beschlossen. Weniger sicher ist es, ob die Kaiserin ihren Gemahl begleitet. Die erste feierliche Kommunikation des Kaiserprinzen in Notre-Dame dürfte nicht sobald stattfinden.

Der Herzog und die Herzogin von Montpensier sollen 25 pCt. ihres persönlichen Vermögens zum Besten der spanischen Nationalschuld geopfert haben.

„Temps“, „France“ und „Presse“ fahren fort gegen Preußen zu heßen. Heute macht auch das „Pays“ Chorus mit ihnen durch eine Korrespondenz aus Hannover. Am ankündigsten gegen Preußen benimmt sich die „Patrie“. Bezüglich Hannovers führt das Blatt heute den Schreibern zu Gemüthe, daß Hannover erst annektirt wurde, als alle Mittel erschöpft waren, den König von einer feindseligen Haltung gegen Preußen abzuhalten.

(Wes. Ztg.) In diplomatischen Kreisen wird von einer Circulardepesche Schwedens an dessen Agenten im Auslande gesprochen. Die Regierung von Stockholm, in ihrer Eigenschaft als Unterzeichnerin der Verträge von 1815, beauftragt ihre Gesandten zu erklären, daß die Schritte des preussischen Governements, welche gegen das Völkerrecht streiten, nur als thattsächliche Veränderungen können angesehen werden, hinsichtlich deren das schwedische Kabinett seine Ansichten sich vorbehalten müsse. Es begreift sich, daß die Nachkommen Bernadottes, welche in Wien ihren Thron gewonnen haben, durch die Erschütterung der bekannten Traktate sich beunruhigt fühlen; allein man fragt sich unwillkürlich, warum die Regierung König Karls nicht schon früher eine ähnliche Erklärung abgegeben hat, z. B. als Napoleon III. vom Thron herab den feierlichen Ausspruch that: „Die Verträge von 1815 haben zu existiren aufgehört!“ Von irgend welcher politischen Wichtigkeit kann bei diesem Aktstücke, aus der Stockholmer Kanzlei hervorgegangen, natürlich nicht die Rede sein.

Es heißt, Oesterreich verlange von Italien als Antheil Venetiens an der allgemeinen Staatsschuld 214 Millionen und als Ersatz für die Befestigungen des Quadrilaterals 100 Millionen.

Newyork, 9. August. Nach Mittheilungen aus Newyork sind bei dem Aufruhr über 100 unionsgetreue Bürger ums Leben gekommen und gegen 300 verwundet worden. — In einem Briefe an General Howard aus Vicksburg heißt es u. A.: Die Zustände verschlimmern sich von Tag zu Tag. Nord von Freigelassenen ist ein ganz gewöhnliches Vorkommniß. Wenigstens 30 solche Mordthaten sind in unserer Grafschaft in den letzten 6 Wochen vorgekommen. — General Howard, eben aus Texas zurück, hatte am 8. d. eine Konferenz mit dem Präsidenten. Das Land soll sich in einem höchst demoralisirten Zustand befinden.

Nach einem Telegramm aus San Francisco vom 17. ult. verschern dort angekommenen Personen aus Tepic und Acapulco, daß Hoscoco mit allen seinen Truppen zu den Republikanern übergegangen sei.

Die Sitzungen des canadischen Parlaments sollten am Tage der Abfahrt des „Peruvian“ geschlossen werden; es ist, wie man glaubt, das letzte Mal, daß das Parlament in Ottawa zusammengetreten ist. — Von Seiten Canada's gemachte Versuche zur Annäherung von Handelsbeziehungen mit Brasilien sind erfolglos geblieben, da, wie der brasilianische Minister des Auswärtigen erklärte, die Staatshätigkeit gegenwärtig ganz durch den Krieg mit Paraguay in Anspruch genommen sei.

Pommern.

Stettin, 27. August. In Folge der bereits in unserer gestrigen Morgenzeitung angedeuteten, durch den Major v. Eshwege von Berlin überbrachten günstigen Anerbietungen hat der Kurfürst von Hessen bereits das hiesige königl. Schloß verlassen und ist mit seinem ganzen heßischen Gefolge und Dienstpersonal heute Morgen in das von ihm zum einstweiligen ausschließlichen Gebrauch gemietete Hotel de Prusse übergesiedelt.

Vorgestern Abend ist der seit dem Monat Februar im hiesigen Zellengefängnisse wegen betrügerischen Bankrotts und Wechseltäuschung in Untersuchungshaft befindliche hiesige Kaufmann Eduard Wellmann entsprungen. Um 6³/₄ Uhr promenirte derselbe noch mit einem andern Gefangenen während der ihm auf ä. z. tliche Anordnung gestatteten Freistunde auf dem Gefängnißhofe, wurde aber schon um 7 Uhr, um welche Zeit die Schließung und Revision der Zellen stattfindet, vermisst. Die Schildwache, welche um diese Zeit den Posten vor dem Gefängnisse inne hatte, will nichts bemerkt haben. Sicherem Vernehmen nach ist gestern Vormittag bereits nach allen Richtungen der Windrose telegraphirt, um des Entsprungenen wieder habhaft zu werden. Die Fama bezeichnet den nach Antwerpen bestimmten Dampfer „Viceroy“, der gestern unsern der langen Brücke unter Dampf lag, aber, wie der Kapitän dem zur Abfahrt auffordernden Lootsen sagte, noch auf einen Matrosen wartete, als dasjenige Schiff, mit welchem der z. Wellmann entkommen. Der in der vorletzten Nacht von hier nach London abgegangene Dampfer „Dresden“ ist in Ewinemünde vergeblich nach Wellmann untersucht.

Mehrere Hauseigentümer beklagen sich darüber, daß bei dem jetzt wieder eingetretenen warmen Wetter von der Wasserleitung nicht vor ihren Häusern gesprengt wird, obgleich sie dieshalb mit der betreffenden Kommission kontrahirt haben.

Das gestern Morgen in den Anlagen von der Walter'schen Kapelle zum Besten der Verwundeten veranstaltete Früh-Conzert hat einen Ertrag von 11 Thlr. 5 Pf. gewährt.

Vom 25. bis 26. d. sind an der Cholera vom Civil im 2. Pol.-Rev., erkrankt 1, gestorben 1, im 5. Pol.-Rev. resp. 2 und 1, im 5. Pol.-Rev. 1 und 1; vom Militair keiner. Von gestern bis heute vom Civil Niemand; vom Militair erkrankt 2, gestorben 1.

Stargard, 25. August. Wie verlautet, sind für Sonn-

tag und folgende Tage Extrazüge zur Rückbeförderung der österreichischen Gefangenen von Körlin hier angefahrt. (Starg. Z.)

In Friedeberg i. N. wurde am 20. d. M. der Verleger und Redakteur des liberalen „Wochenblattes für die Kreise Friedeberg und Arnswalde“, W. Braack, wegen des Abdruckes des Preussischen Gedichtes „Mai 1866“ in seinem Blatte zu einer viermonatlichen Gefängnißstrafe und Verlust der Konzeßion zum Gewerbebetrieb verurtheilt. (Ancl. Z.)

Wyrick, 25. August. Der Kontrolleur der hiesigen Stadthauptkasse, Hr. Haase, ist als Beigeordneter für die hiesige Stadt bestätigt; es soll ihm aber die Bedingung gestellt sein, daß er seine Agentur niederlegt. Ob Hr. Haase unter dieser Bedingung sein neues Amt übernimmt, steht noch nicht fest.

Die hiesige Thurmuhre schlägt in 3 Wochen gar nicht mehr; dieselbe ist entweder so schlecht, daß sie nicht mehr reparirt werden kann oder es fehlt an der Kunst. Diesem Uebelstande dürfte abzuhelfen sein, zumal heute schon bei Gelegenheit eines öffentlichen Termins über die Tageszeit Streit entstand, welcher nicht entschieden werden konnte, da die Stadtmuhre als Norm dienen muß.

Anclam, 25. August. Von gestern bis auf heute sind keine neuen Erkrankungsfälle an der Cholera gemeldet worden; wir hoffen, daß damit die Krankheit ihr Ende erreicht hat.

Körlin, 24. August. Vorgestern wurde ein Oesterreicher, der nach einem preussischen Posten mit einem Stein warf, von letzterem mit dem Kolben erschlagen.

Neuwedel. Der im Kalender auf den 27. Juni d. J. angeführte, wegen des Allerhöchsten Orts an demselben Tage angeordneten allgemeinen Bettages aber ausgefallene Markt in der Stadt Neuwedel wird am 5. September abgehalten.

Neustettin, 26. August. Unsere Stadt, bisher immer von der Cholera verschont, wenn sie in früheren Jahren auch in der Nachbarschaft grassirte, ist von ihr nun ebenfalls heimgesucht worden. Seit dem 25. Juli c., wo der erste Sterbefall vorkam, sind bis heute 40 Personen in den verschiedensten Altersstufen dieser Seuche erlegen. In den meisten Fällen hatte die Krankheit einen schnell tödtlichen Verlauf. Deshalb haben mehrere auswärtige Familien ihre das hiesige Gymnasium besuchenden Söhne einstweilen nach Hause geholt.

Solberg, 26. August. Die königl. Regierung zu Potsdam sichert demjenigen eine Belohnung von 100 Thlr. zu, welcher den Aufenthalt des Böttchergesellen Friedrich Hermann Fuchs aus Burgstädt im Königreich Sachsen so nachweist, daß er verhaftet werden kann. Der z. Fuchs ist der Thäterschaft des am 23. Juni c. in der Nähe des Dorfes Groß-Kreuz und der nach Potsdam führenden Chaussee gegen den Bauer Brüdner verübten Mordversuchs dringend verdächtig. Der z. Brüdner ist auch bei dieser Gelegenheit seines baaren Geldes, seiner silbernen Taschenuhr, seines Reiseranzels und fast sämtlicher Kleidungsstücke beraubt worden.

— Der Rittergutsbesitzer v. Kamecke auf Gervin bei Publiß ist in Stelle des Landschafts-Deputirten v. Rhade für den Fürstenthumschen Kreis, und der Rittergutsbesitzer Hauptmann v. Alten auf Lipow in Stelle des verstorbenen Hülfedeputirten v. Hagen auf Langen für den Belgardschen Kreis zum landwirthschaftlichen Hülfedeputirten gewählt worden.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 26. August. In der Kommission wegen der Annerions-Vorlage hat sich die Regierung gestern Abend mit der Vereinigung der annectirten Länder, auf Grund des Art. 2 der Verfassung, vorbehaltlich eines Uebergangs-Statutums im Sinne der Amendements, einverstanden erklärt, auch mit der baldigen Einführung der Verfassung etwa in Jahresfrist, ist auch geneigt, dem Amendement beizutreten, nach welchem die preussische Verfassung in einem bestimmten Termine, etwa mit dem September 1867, ipso jure et facto eingeführt werde. Heute Mittag treten die Antragsteller sämtlich zusammen, um sich über eine gemeinsame Fassung zu einigen, welche dem Standpunkte der Regierung möglichst entspreche. Von dem Art. 55 der Verfassung soll dabei gänzlich abgesehen werden. In parlamentarischen Kreisen wird mit Bestimmtheit versichert, daß eine größere Zahl von Abgeordneten auch der gemäßig-liberalen Parteien ihre Zustimmung zu dem Wahlgesetze für das Parlament von der Annahme des Zweiten Amendements zum Schutze der Redefreiheit abhängig machen werde. Man hofft, daß die Regierung und das Herrenhaus dem Amendement schließlich zustimmen werden.

Berlin, 26. August. Es wird durchaus bestätigt, daß die Bestimmung über die Cession Venedigs in dem preussisch-österreichischen Vertrage die sogenannte italienische Clausel ist, welche auch in dem italienisch-österreichischen Vertrage aufgenommen wird. General Menabrea ist gestern Abend von Paris nach Wien gereist; Graf Barrau, der Berlin nicht verlassen hat, wird sich auch keineswegs nach Wien begeben.

Berlin, 26. August. Die Kommission für die Annerions-Vorlage hielt gestern Abend Berathung in Gegenwart des Grafen Bismarck. Verschiedene Amendements wurden gestellt, die alle sofortige Real-Union fordern. Dr. Birkow verlangte, das deutsche Parlament solle über die Einführung der preussischen Verfassung in den annectirten Ländern gebört werden. Graf Bismarck erklärte, er trete nicht einer sofortigen Real-Union entgegen, müsse sich aber gegen die sofortige Einführung der preussischen Verfassung, so wie dagegen, daß das deutsche Parlament darüber gebört werde, ausgesprechen. Der Regierung müsse bis zur Einführung der preussischen Verfassung ein Spielraum bleiben, welcher die erforderliche Regelung der Verhältnisse durch eine königliche Verordnung ermöglichen. Er habe nichts dagegen, wenn das Gesetz ausspreche, daß die preussische Verfassung bis zum 1. Oktober 1867 einzuführen sei. Heute tritt die Kommission zusammen, um eine gemeinschaftliche Redaction der Amendements zu veranlassen.

Kiel, 26. August. So eben Vormittags ist der Admiral Prinz Adalbert eingetroffen und hat sich unmittelbar an Bord des Geschwaders begeben.

Wien, 26. August. Die „Debatte“ erfährt auf zuverlässigste Weise, daß die Gerüchte über den Rücktritt Belcredi's vollkommen unbegründet sind. Herr v. Beust hatte gestern Audienz beim Kaiser und reiste nach München ab.

Paris, 26. August. Morgens. Der „Moniteur“ meldet: Der Kaiser besuchte gestern die Dämmungs-Arbeiten in der Seine

bei Suresnes und verweilte lange unter den Arbeitern, die ihn mit Jubel begrüßten.

London, 25. August. Aus Point de Galle vom 15. August wird aus Schanghai vom 25. Juli gemeldet, daß in Corea zwei französische Bischöfe und sieben Priester gemordet worden sind. — In Japan war zwischen den Prinzen ein Bürgerkrieg ausgebrochen.

Florenz, 25. August. Der Friedensvertrag zwischen Preußen und Oesterreich enthält über die italienische Frage folgenden Artikel: In Ausführung des Artikels 6 der Friedens-Präliminarien in Nikolsburg und nachdem der Kaiser Napoleon durch seinen Gesandten am 29. Juli in Nikolsburg offiziell erklärt ließ, daß, was Frankreich betrifft, sei Venetien für Italien erworben, um es demselben im Frieden zu übergeben, tritt der Kaiser von Oesterreich dieser Erklärung bei und giebt zur Vereinigung des lombardisch-venetianischen Königreiches mit dem Königreich Italien seine Einwilligung ohne andere beschwerende Bedingungen, als die Liquidation der Schulden, welche in Uebereinstimmung mit dem vorhergegangenen Züricher Frieden als auf den abgetretenen Ländern haftend, anerkannt worden sind.

Petersburg, 26. August. (Priv.-Dep. der Berl. B.-Z.) Die Kriegsgerichte der südwestlichen Gouvernements mit Ausnahme von Kiew sind aufgehoben worden. — Bei einem zu Ehren der hier anwesenden amerikanischen Notabilitäten veranstalteten Festessen im Klub „Gegenseitige Unterstützung“ brachte der amerikanische Marine-Sekretär Fox einen Toast aus, in welchem er sagte, daß Amerika jederzeit bereit sein werde, Rußland die Hand zur Unterstützung zu bieten, wo sich dazu Veranlassung darbieten sollte.

Newyork, 23. August. Präsident Johnson hat die Prozesse gegen die Fenierr fallen lassen. — Aus Mexiko wird gemeldet, daß man es dort für sicher halte, daß der Kaiser Maximilian mit einer starken Leibwache aus österreichischen Truppen sich bald nach Europa einschiffen werde. Auf der anderen Seite wird jedoch behauptet, daß Marshall Bazaine sich dem nöthigenfalls mit Gewalt widersetzen würde.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Mailand, 26. August. Die Kaiserin von Mexiko ist hier eingetroffen.

Florenz, 26. August. Die „Nazione“ sagt, General Menabro verlangte die Zurückgabe aller werthvollen Gegenstände, einschließlich der eisernen Krone, welche Oesterreich in jüngster Zeit in Venetien an sich genommen hat. Dasselbe Blatt konstatirt den verschönlenden Geist, welchen die österreichischen Bevollmächtigten bis jetzt gezeigt haben.

Schiffsberichte.

Ewinemünde, 25. August, Vormittags. Angekommene Schiffe: Hermann, Rüge von Amsterdam. Crags, Berril von Middlebro. 1 Schiff in Sicht. Wind: D. Strom eingehend. Revier 15 F.

Börsen-Richte.

Stettin, 27. August. Witterung: schön. Temperatur: + 22° R. Wind: SO.

An der Börse.

Weizen, August-Eieferung gefragt, andere Termine wenig verändert, loco pr. 85pfd. gelber alter 68—69 ¹/₂ bez., neuer 62—63 ¹/₂ bez., 83—85pfd. gelber August 69¹/₄, 70¹/₄, 71 ¹/₂ bez., Gd. u. Br., September-October 67¹/₂ ¹/₂ Br., 67¹/₂ Gd., October - November 66¹/₂ ¹/₂ Br. u. Gd., Frühjahr 67 ¹/₂ Br., 66³/₄ Gd.

Roggen fest, loco 43—44 ¹/₂ bez., August, August-September, September-October u. October-November 43¹/₂, ¹/₂ ¹/₂ bez., Frühjahr 43¹/₂, 44 ¹/₂ bez.

Erste niedriger, Oeberbruch starker Umsatz, Oeberbruch pr. 70pfd. loco 39¹/₂, 38 ¹/₂ bez., alte pommersche 36 ¹/₂ bez.

Safer und Erbsen ohne Umsatz.

Wintertraps loco 86 ¹/₂ bez., pr. September-October 87 ¹/₂ bez., Wintertraps 79—81 ¹/₂ bez., September-October 83¹/₂ ¹/₂ Br., 83 ¹/₂ Gd.

Rüböl fest, loco 12¹/₂ ¹/₂ Br., September-October 12¹/₂ ¹/₂ Br., October-November 12¹/₂ ¹/₂ bez. u. Br.

Spiritus fest, loco ohne Faß 14¹/₂ ¹/₂ bez., August, August-September und September - October 13¹/₂ ¹/₂ bez., October - November 13¹/₂ ¹/₂ bez., Frühjahr 14¹/₂ ¹/₂ bez. u. Gd.

Stettin, den 27. August.

Berlin	kurz	—	Pom. Chaus-	—
"	2 Mt.	—	ban-Obligat.	5
Hamburg	6 Tag.	151 ⁷ / ₈ bz	Used. - Wollin.	—
"	2 Mt.	151 B	Kreis-Oblig.	5
Amsterdam	8 Tag.	143 ³ / ₄ G	St. Str.-V.-A.	4
"	2 Mt.	—	Pr. Nat.-V.-A.	4
London	10 Tag.	6 25 bz	Pr. Sec.-Assoc.	4
"	3 Mt.	6 22 B	Comp.-Act.	4
Paris	10 Tg.	81 ¹¹ / ₁₆ bz	Pomerania	4
"	2 Mt.	80 ¹ / ₂ B	Union	4
Bordeaux	10 Tg.	—	St. Speich.-Act.	5
"	2 Mt.	—	V.-Speich.-A.	5
Bremen	8 Tag.	—	Pomm. Prov.	—
"	3 Mt.	—	Zuckers.-Act.	5
St. Petersburg	3 Weh.	—	N. St. Zucker-	—
Wien	8 Tag.	—	Sieder.-Actien	4
"	2 Mt.	—	Mesch. Zucker-	—
Preuss. Bank	5	Lomb. 5 ¹ / ₂ %	Fabrik-Anth.	4
Sts.-Anl. 5457	4 ¹ / ₂	—	Bredow	4
"	5	—	Walzmühl.-A.	5
St.-Schldsch.	3 ¹ / ₂	—	St. Portl.-Cem.	—
P. Präm.-Anl.	3 ¹ / ₂	—	Fabrik	4
Pomm. Pfdbr.	3 ¹ / ₂	—	Stett. Dampf-	—
"	4	—	Schlepp.-Ges.	5
"	4	—	Stett. Dampf-	—
Ritt.-P.P.B.A.	—	—	schiffs-Verein	5
à 500 Rtl.	—	—	N. Dampfer-C	4
Berl.-St. Eis.	—	—	Germania	4
Act. Lt. A. B.	4	—	Vulkan	4
"	4	—	Stett. Dampf-	—
"	4 ¹ / ₂	—	mühlen-Ges.	4
Starg.-P.E.A.	3 ¹ / ₂	—	Pommerensd.	—
"	4 ¹ / ₂	—	Chem. Fabrik	4
Stett. Stdt.-O.	4 ¹ / ₂	—	Chem. Fb.-Ant.	4
Stett. Börsch.	4	—	Stettin. Kraft-	—
Obligationen	4	—	Dünger-F.A.	—
St. Schausp.	5	—	Gemeinnützig	—
Obligationen	5	—	anges.-Anth.	5

Beim Schluß des Blattes war unsere Berliner Depesche noch nicht eingetroffen.